

# Leipziger Tageblatt

und  
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 14

Hauptredakteur: Dr. Ewerth, Leipzig

Dienstag, den 8. Januar

Verlag: Dr. Reinhold &amp; Co., Leipzig

1918

## Englische Angriffe in Flandern gescheitert.

### Der deutsche Heeresbericht

Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. Januar.

#### Weitlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Einzelne Abschnitte im Flandern und südwestlich von Cambrai lagen zeitweilig unter heftigem Feuer. In der Abenddämmerung griffen englische Kompanien östlich von Bullecourt an, sie wurden abgewiesen.

#### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Der Sturmangriff entwickelte sich am Abend lebhafter Artilleriekampf, der nach ruhiger Nacht heute früh wieder ausließ.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

#### Mazedonische Front

Zwischen dem Ochrida- und Prespa-See, im Gernabogen sowie zwischen Wardar und Doiran-See war die Artilleriefeuer rege. Deutsche Jäger brachten von einem Erkundungswochgang in die feindlichen, bisher von Russen verdeckten, Gräben westlich vom Prespa-See eine Anzahl Franzosen ein.

#### Italienische Front

Gegen den Monte Asoleone und den Piave-Abschnitt nördlich von Vidor rückte der Feind tagsüber heftige Feuerüberfälle; während der Nacht blieb das Feuer lebhaft.

Der Erste Generalquartiermeister  
Ludendorff. (W.L.B.)

### Beruhigung

© Berlin, 8. Januar. (Drucksbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Im Reichshaushaltsausschuss werden auch heute, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, die eigentlichen politischen Fragen nicht erörtert werden. Die Dinge sind eben in dieser Beziehung noch in der Schwere, wobei nicht zu erkennen ist, daß eine Tendenz zum Ausgleich der Gegenseite vorhanden ist. Im Reichstag nahm man gestern an, daß Generalstabschef Hindenburg heute nach Berlin kommen würde, um in persönlicher Aussprache mit dem Kaiser eine Einigung über strittige Punkte zu erzielen. Von militärischer Seite wird in Abrede gestellt, daß das heute schon der Fall sein wird. Sicher aber ist, daß Hindenburg in den nächsten Tagen in Berlin zu erwarten ist.

© Berlin, 7. Januar. (Drucksbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat sich heute mit den Anliegenrüchten der letzten Tage beschäftigt und sich dahin ausgesprochen, daß, wenn wirklich das Schwertseins nicht erwartet bliebe und die Männer der Obersten Heeresleitung erklären sollten, daß es nicht möglich wäre, länger mit Herrn von Hindenburg zusammenzuarbeiten, es nicht zweckmäßig sei, auf welche Seite mit der Nation auch die Nationalliberalen sich zu stellen hätten. Aber es ist eine schlesie, irreführende und sensationelle Darstellung, von einer nationalliberalen Abfrage an Herrn von Hindenburg zu reden und von einem Beschluss, ihn von Fraktions wegen fallen zu lassen. Es ist nur beschlossen worden, daß für den Augenblick nichts geschehen und man die weitere Entwicklung in Geduld abwarten soll.

In parlamentarischen Kreisen hat man überhaupt die Empfindung, als ob die Krise im Weben sei. Für heute abend war eine Versprechungen der parlamentarischen Führer beim Kaiser angelegt. Sie wurde in letzter Stunde abgezögert; auch das ist wohl ein Beweis dafür, daß die Dinge nicht mehr so angespannt sind und daß auch für die persönlichen Differenzen ein Ausgleich möglich und wahrscheinlich ist.

(Durch Umstände, die zu beheben nicht in unserer Macht lag, waren wir verhindert, diese Meldung schon in der Morgenausgabe zu bringen. Die Schriftsteller.)

### Der Regentschaftsrat in Berlin

© Berlin, 8. Januar. (Drucksbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In Ehren des polnischen Regentschaftsrates fand gestern beim Kaiser eine große Abendgesellschaft statt. Morgen werden die Polen nach Warschau zurückkehren. Bislang war auch ein Besuch in Wien vorgesehen, er unterblieb aber, weil Kaiser und König Karl nicht in seiner Hauptstadt weilte. Die Verhandlungen, die hier geführt worden sind, drehen sich um vier Punkte. zunächst um die Frage der Selbstbestimmung. Die Polen und Gegner eines Plebiszits und wollen die Abstimmung von einem wie bisher auf demokratischer Grundlage geschaffenen Landtag abgeschafft sehen. Sie wünschen zumindest einen Übergangsabschluß der deutschen Zollverwaltung, um, wie sie sagen, der Entente die Möglichkeit zu nehmen, von einer „deutschen Vergessenslängungspolitik“ zu reden. Einschließlich sind bekanntlich nur das Schlesische und das Ostpreußische an das werdende Königreich Polen ausgeliefert worden. Zum teils wollen sie über die Frage des polnischen Wehrwesens hier unterhandeln. Die Mitglieder des Regentschaftsrates haben ausgearbeitete Pläne mitgebracht, die es ermöglichen sollen, die jüngsten Jahrgänge schon in allerdringlichster Zeit einzubringen. Schließlich wünschen sie eine Annahme zu erhalten zu können, die nach ihrer Meinung erst den Bürgern im Lande zu schaffen vermöchte. Für heute müssen sind die polnischen Herren zur Tafel beim Kaiser geladen. Die Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten werden sollen, werden wohl durch den Wohlwollen Gottes wahrgestellt werden. Von einem Besuch im Großen Hauptquartier ist abgesehen worden.

### 20000 To. versenkt

wib. Berlin, 7. Januar. Amtlich. Neue U-Boote. Erfolge im Sperrgebiet um England

#### 20000 U.-R.T.

Von den Schiffen wurde der größte Teil an der Westküste Frankreichs, der Rest im Sperrgebiet um England versenkt. Zwei große, schwer beladene Dampfer wurden in geschicktem Angriff aus demselben Geleitzug herausgeschossen. Unter den übrigen Schiffen konnte der englische Dampfer „Royal Sovereign“, 6000 To., festgestellt werden, der vollbeladen nach England bestimmt war. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

\*  
Es ist den Unterseebooten bei feindlicher Gegenwehr nicht immer möglich, nach erfolgtem Angriff Namen, Bestimmung und Ladung des getroffenen Schiffes festzustellen. Diese Unmöglichkeit tritt natürlich sehr oft ein beim Herausschießen von Schiffen aus Geleitzügen. Darauf kommt es auch gar nicht an. Hauptziel ist zunächst die Versenkung von möglichst viel Schiffstrümmer. Lloyd George selbst befiehlt, „Schiffe bedeuten Kanonen, Schiffe bedeuten Tod, Schiffe sind der Sieg“, und in diesem Sinne haben die seit dem 1. November bis 30. November vorigen Jahres durch U-Boote versenkten 8256000 Tonnenregistertonnen so hervorragende Wirkung gezeigt, daß laut „Daily News“ vom 4. Dezember der englische Lebendesidikator Sir A. Tapp in einer Rede vor den Mitgliedern der Geleitzugsabteilung bemerkte: „Ich habe die Jahre der U-Bootstopper gesehen; ich bin darüber erschöpft gewesen.“ Insgesamt ordnete die englische Regierung an, daß jedes nach England bestimmte Schiff, welches Art auch seine Ladung sein möge, jeden verfügbaren Raum, seide die unbenutzten Passagierkabinen, mit Lebensmitteln auszustücken habe.

### Die baltische Frage

Von Richard Bahr.

© Die Welt erlebt ein recht sonderbares Schauspiel. Die deutsche Regierung möchte ein Gebiet, das die älteste deutsche Kolonie war und das heute noch trostlos fürchterlicher Schicksale in seinem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau und seiner Kultur deutsches Gepräge trägt, in irgendwelcher Form wieder mit dem Reich in Verbindung bringen. Die derzeitige russische Regierung ist, wenn schon unter gewissen Vorbehalten, nicht abgeneigt, dielem Wunsch zu willfahren. Aber von Deutschen geschriebene Blätter erklären: das dürfte die russische Regierung nicht und das könnte sie auch nicht. Es ist falsch, zu sagen, daß derlei — man entschuldigt schon den harten Ausdruck — abstruse Gedanken nur von Sozialisten oder den viel geschönten bürgerlichen Demokraten vorgetragen werden. Führer in diesem Streit ist auch ein so durchaus undemokratisches Blatt wie die „Kreuzzeitung“ oder die „Vossische Zeitung“ in der in den Zeilen der tschechisch-slowakischen Legion Franzosen, Russen, Südländer, Tschechen und Deutsche zum Kontinental-Bund gegen die anglo-amerikanische Welt ausgerufen werden.

Da alle Ausführungsarbeit in diesen Fragen des nahen Ostens im wesentlichen bisher von baltischen Männern geleistet worden ist, ist es natürlich, daß alle polemische Schärfe der Vorkämpfer der „baltischen Orientierung“ sich gegen die Deutsch-Balten kehrt. Sie sind ihnen entweder „die paar baltischen Barone“ (obwohl Balten kaum ein Adliger ist) oder „die dünnen deutsche Oberklasse“ oder von Germanisierungsbemühungen erfüllte beschrankte Machtpolitiker, die das Deutsche Reich auf ewig mit Russland verhindern wollen. In Wahrheit handelt es sich um ein ergreifendes Ringen der baltischen Deutschen, zumal der in der alten Heimat gebildeten, die, obwohl der Krieg, in dem sie nur die von allen Seiten mißhandelten Objekte waren, sie vielfach an den Befreiungskriegen, nicht abglossen haben, das deutsche Volk darüber aufzuklären, was hier für die Gesamtheit der Nation auf dem Spiele steht. Die „Herren“ waren sie längst nicht mehr, nur noch geduldete Missbewohner des Landes, aus dem man sie je eher, je lieber verschreibt hätte. Was sie dennoch an Einfluß besaßen, verdankten sie ausschließlich ihrer Tüchtigkeit, ihrer Arbeitsamkeit, ihrer überlegenen Kultur. Wofür sie kämpfen, ist dasselbe Motiv, das zum Beispiel auch die Deutschen in Kraft der von der R.R. Regierung begonnener Slawisierung ihrer Heimat zu widerstreben zwangen. Sie möchten die ehrliche deutsche Kulturarbeit, die von ihnen und in Jahrhunderten von ihren Vätern geleistet wurde, geborgen wissen.

Es ist einfach nicht wahr, daß dort oben ein immerwährender Krieg zwischen „den baltischen Junkern“ und den Uralwohnern gehetzt hätte und noch besteht. Im lettischen Teil der Ostseeprovinzen liegen die Verbündnisse stellenweise ja vielleicht etwas anders. Aber im estnischen Gebiet hat bereits eine Neuorientierung stattgefunden, und die führt Deutche und Esten in dieselbe Schlachtreihen zusammen. Ohne Deutche und Esten sich über eine neue Verfassung des Landes im ganzen und im einzelnen vollständig einig geworden, und diese die Regierung Kerenski in ihr eine gemeinsame Verschwörung gegen Russland lobt. Hierher haben die Dinge sich in den gleichen Bahnen weiterentwickelt, und die Massen der Esten ist fest entschlossen, sich von Russland um jeden Preis zu trennen.

Augenblicklich erlebt der Norden der baltischen Provinzen ja sächsische Zeit. Soldatenhorde, die aller Disziplin entzogen, verkaufen dem Landwirt sein Vieh oder stecken es ab, zerstören die Wohnhäuser auf dem flachen Land und verbieten in der Stadt die Zahlung des Mietzinses, belagern die Ersparnisse der Bevölkerung in den Banken mit Beschlag und lassen keine Willensänderung zu. Aber die Neigung zum Anschluß an Russland wird durch diese rohste Form eines gewaltstätigen Kommunismus kaum neue Stärkung erfahren haben. Die Esten wollen eben selbstständig werden. Sie werden, da das heutige Russland gar nicht die Macht hat, Widerstreben zu halten, auch selbstständig werden und werden dann in der richtigen Erkenntnis, daß kleine Staatengebilde auf sich allein gestellt verloren sind. Anlehnung und Anschluß suchen an eine größere Macht. Und wenn Deutschland diese Macht nicht sein will, werden sie sich wohl eine andere suchen; welche, braucht wohl kaum erst gefragt zu werden.

So leben in Wahrheit diese Dinge aus, und weil sie so anzusehen, eisern die Deutsch-Balten so sehr, daß Deutschland die rechte Stunde hier nicht verpaßt, nicht künstlich und gewaltsam diese Gebiete in eine Entwicklung hineinzwingen, die nicht nur dem baltischen Deutschum, die auch dem Reich verderblich werden müßt. Was wollen denn diese baltischen Deutschen? Nichts anderes als am Leben gelassen und nicht wieder der slowakischen Peitsche ausgeliefert zu werden. Für das andere sind sie bereit, selber zu sorgen, und in der Bezeichnung kann man sie getrost gewähren lassen. Sie mögen in der Vergangenheit Fehler gemacht und ihr Verhältnis zu den nichtdeutschen Heimatgenossen nicht immer rechtzeitig vorausschauend geordnet haben. Inzwischen aber lernen sie, mit Ihnen zu arbeiten. An eine gewaltsame Germanisierung denkt keiner von Ihnen, der Einfluss und Gewicht hat und seine Zeit versteht. Aber sie möchten allerdings ihre lettischen und estnischen Heimat- und Landgenossen von dem Schicksal einer gewaltigen Russisierung befreien, die durch 30 Jahre schon im Gang war und nun unabwendbar sein möchte. Sie sind

### Erhöhte Ententepropaganda in Spanien

Köln, 8. Januar. (Eigener Drucksbericht.) Nach der „Amer. Presse“ wird aus Madrid gemeldet: Die spanische Verbandspresse gibt sich große Mühe, die Friedensabsichten als unsicher und in weiter Ferne liegend hinzustellen. Hierzu werden die Erklärungen der englischen Arbeiterspartei vom 18. Dezember herangezogen. Am 18. nicht am 18. Dezember veröffentlichte parlamentarische Ausschluß der englischen Gewerkschaften und die Leitung der Arbeiterspartei das Friedensprogramm, das am 28. Dezember auf Hendersons und Thomas Empfehlung hin von dem Arbeiterkongress angenommen wurde. Es deckt sich im wesentlichen mit Lloyd Georges Ansicht. Daraus mag die Aussicht auf das angeblich so militärische und autokratische Deutschland nicht nur den Radikalismus der Petersburger Regierung angenommen, sondern ihm sogar noch die liberalen Zugeständnisse beigegeben haben. Die „Correspondencia Militare“ erklärt, die Verhandlungen beenden, daß beide Teile schnell zu einem Einverständnis zu kommen hoffen. Die „Tribuna“ sagt, unter welchen neuen Vorwänden die veränderten Regierungen ihre Völker weiter in den Tod schicken wollen, nachdem doch der Verhandlungsbereich so weit ist, daß die Arbeiterspartei das Friedensprogramm, das am 28. Dezember auf Hendersons und Thomas Empfehlung hin von dem Arbeiterkongress angenommen wurde. Es deckt sich im wesentlichen mit Lloyd Georges Ansicht. Daraus mag die Aussicht auf das angeblich so militärische und autokratische Deutschland nicht nur den Radikalismus der Petersburger Regierung angenommen, sondern ihm sogar noch die liberalen Zugeständnisse beigegeben haben.

Bern, 8. Januar. (Eigener Drucksbericht.) Aus Madrid wird gemeldet: „Impartial“ berichtet: Nach den durch die Polizei entdeckten Dokumenten sind die amtlichen Kreise der Ansicht, daß die von den verschiedenen Truppenkörpern gebildeten Aufstände ungefähr 15000 Mann zählen.

Köln, 7. Januar. (Eig. Drucksbericht.) Die „Amer. Presse“ schreibt: Nach dem Madrider „Impartial“ umfaßt die Revolutionbewegung in Spanien etwa 15000 Angehörige aller Regiments. Der Aufstand sollt am Tage der Veröffentlichung der Verordnung über die Auflösung der Cortes ausbrechen. Die republikanischen Männer bestellten erschlagen, daß es sich um eine revolutionäre Erschöpfung gehandelt habe. Nach den letzten Nachrichten aus Madrid herrschte vollkommenste Ruhe. 1500 Unteroffiziere, die den Kreuzzug verweigerten, wurden aus der Armee ausgeschlossen. Die Gerichte von einer bevorstehenden Regierungswelle werden bestimmen. Immerhin bleibt die politische Lage gespannt.

Genf, 7. Januar. (Eig. Drucksbericht.) Die „Amer. Presse“ schreibt: Nach dem Madrider „Impartial“ umfaßt die Revolutionbewegung in Spanien etwa 15000 Angehörige aller Regiments. Der Aufstand sollt am Tage der Veröffentlichung der Verordnung über die Auflösung der Cortes ausbrechen. Die republikanischen Männer bestellten erschlagen, daß es sich um eine revolutionäre Erschöpfung gehandelt habe. Nach den letzten Nachrichten aus Madrid herrschte vollkommenste Ruhe. 1500 Unteroffiziere, die den Kreuzzug verweigerten, wurden aus der Armee ausgeschlossen. Die Gerichte von einer bevorstehenden Regierungswelle werden bestimmen. Immerhin bleibt die politische Lage gespannt.

Genua, 7. Januar. (Eigener Drucksbericht.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht heute abermals eine Ergänzung der Sperrgebietserklärung vom 31. Januar 1917. Das Gebiet um die feindlichen Stützpunkte auf den Kap Verdinschen Inseln und dem Stützpunkt Dakar mit den anschließenden Küstenabschnitten wird vom 11. Januar 1918 ab als ein neues Sperrgebiet erklärt. Mit gleichem Datum wird das Sperrgebiet um die Azoren nach Osten bis über die unserigen Gegner als Stützpunkt dienende Inseln Modelta ausgedehnt.

### Neue Erweiterung des Sperrgebietes

Berlin, 8. Januar. (Eigener Drucksbericht.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht heute abermals eine Ergänzung der Sperrgebietserklärung vom 31. Januar 1917. Das Gebiet um die feindlichen Stützpunkte auf den Kap Verdinschen Inseln und dem Stützpunkt Dakar mit den anschließenden Küstenabschnitten wird vom 11. Januar 1918 ab als ein neues Sperrgebiet erklärt. Mit gleichem Datum wird das Sperrgebiet um die Azoren nach Osten bis über die unserigen Gegner als Stützpunkt dienende Inseln Modelta ausgedehnt.

### Der helbenkampf in Deutsch-Ostafrika.

Bern, 8. Januar. (Eigener Drucksbericht.) Das „Bernische Tagblatt“ erzählt von besonderer Seite aus London, in englischen Missionsskreisen sei gegen die Nachrichten verstorben, daß Widerstand von den Deutschen gestellt werde und daß die Einschöpfungen erhöhten werden. Die Nachricht wurde von der Presse nicht freigegeben.

Der guten Sache und ihrer andersprophäischen Landsleute sogar so sicher, daß sie durchaus gewillt sind, es auf Recht und Unrecht und Volksabstimmung ankommen zu lassen. Und so heißt die baltische Frage auf einer kurze Formel gebracht: freie Wahl für eine freie Abstimmung. Ich frage nochmals, was ich schon vor mehreren Wochen hier fragte: wo ist das deutsche Interesse, werdet sich das allgemeine deutsche Interesse, das aus dem so überstreichen zwingt? ...

### Breß-Litowisch

Die „Liberale Korrespondenz“, das amtliche Blatt der Fortschrittlichen Volkspartei, sagt:

Am 2. Dezember haben die deutschen Unterhändler in Breß-Litowisch in ihrer Antwort auf die Friedenspostschläge der Vertreter Russlands u. a. erklärt: „Eine gewollte Auszeichnung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. ... Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbstständigkeit verloren haben, dieser Selbstständigkeit zu verlieren.“ Auch Graf Herilling hat in seiner ersten Rede als Reichskanzler am 29. November im Reichstag verkündet: „Was die ehemals dem Kaiser des Zaren unterworfenen Länder Polen, Karlsbad, Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht.“ Wenn wir nicht die Achtung der ganzen Welt verlieren wollen, und jedes Verteilung auf ein deutsches Wort preisgeben, müssen wir zu den Erklärungen des deutschen Unterhändlers in Breß-Litowisch stehen. Vorläufig müssen wir die bestehenden Landeskäste als die Leiter der Verwaltung annehmen. Sie werden sich erinnern, die Verwaltung auszubauen und die unteren Organe ausspielen müssen. Wenn dann einmal die Demobilisierung erfolgt ist, und die Armeen abgerückt sind, kann man Nationalversammlungen definitive Beschlüsse über die Zukunft des Landes zu fassen haben. Eine Regierung, die von dem Programm zurücktreten wollte, wegen dessen ihr von der Volksvertretung Vertrauen geschenkt worden ist, müßte den Halt nicht drogen im Parlament, sondern auch im Volke einzubringen. Nicht scharf genug kann auch gegen den Verlust protestieren werden. Männer wie Hindenburg und Ludekoss für Parteiwecke in Anspruch nehmen zu wollen. Da Verteilung für beide Männer lassen sich die Freunde eines Verhandlungsfriedens von niemandem, aber auch von gar niemandem überstreichen.“

Der „Berl. L. U.“ bemerkt über die parlamentarische Lage:

„Es ist eine Entspannung eingetreten, zu der in erster Linie beigetragen hat, daß der den Abgeordneten zugeduldige Einblick in die Protokolle der Delegatenverhandlungen von Breß-Litowisch ergibt, daß völlig unbegründet der Vorwurf einer illosalen Haltung ist, die sich die Reichsregierung hätte zuschulden kommen lassen.“

Der „B. L.“ wurde von eingeweihter Seite mitgeteilt: „Der Reichskanzler hält nach den Abgeordneten logischen gebenen Ausführungen nach wie vor fest an der lokalen Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, denen in den besetzten Gebieten die volle Freiheit der Abstimmung gewährt werden soll. Diese Abstimmung kann und braucht erst stattzufinden, nachdem die Gebiete von unseren Truppen geräumt sind. Voraussetzung für die Räumung durch unsere Truppen ist allerdings die vorhergehende Demobilisierung der russischen Armee. Wie die kriegerische Nachfrage aus Petersburg in die Kopenhaeger „Döbeln“ zu erklären ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Möglicherweise handelt es sich hier um eine bewußte Fälschung, die vielleicht auf eine Darstellung des Petersburger Korrespondenten Konon von den Döbeln“ zurückzuführen wäre.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt aus Herillings Ausserung, er habe den Staatssekretär beauftragt, den russischen Vorschlag abzulehnen, entnehmen zu können, vielleicht sei diese öffentliche Bekanntmachung des Verhältnisses zwischen Reichskanzler und Staatssekretär beabsichtigt gewesen. Dann wäre möglicherweise auch eine Politik beabsichtigt, die sie zulassen könnte.

Dann, und unter starker autoritäter Führung, würde gewiß auch Herr v. Kahlmann mit seiner Gewandtheit und Klinge sehr Ruhmes stift.“

Nur die „Deutsche Zeitung“ sagte noch gestern: „Breß-Litowisch wird ein ewiges Schandmal deutschen Willens sein. Gott und noch Rettung kommen, so muß sie jetzt aus dem Volke selbst kommen. Die Glocken müssen Sturm läuten. Der Schrei des Volkes durchschallt die deutschen Gau und bringt auch deutlich vor den Thron. Sturm müssen jetzt die Glocken läuten.“ \*

Berlin, 8. Januar. (Druckschrift) Graf Herilling wurde, wie die „Vossische Zeitung“ erzählte, gestern nachmittag vom Kaiser in Audienz empfangen. Eine geplante Unterredung mit den Führern des Reichstagsabgeordneten mahlte Graf Herilling ablegen.

Nach der Sitzung des Haupthausschusses stand wiederum eine interfraktionelle Versprechen der Mehrheitsparteien des Reichstages fest. Man war allseits der Meinung, daß der Haupthausschuss keine Verhandlungen fortsetzen solle, zumal da ihm reichlich Stoff vorliegt. An den Versprechungen haben, wie bisher, auch die Vertreter der nationalliberalen Fraktion teilgenommen.

Wien, 7. Januar. (Druckschrift) In der gestern abgehaltenen Versammlung aller österreichischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten aus

Öhmen, Mähren und Schlesien wurde die Entschließung angenommen, der Wohlstand über die Ausführungen des Grafen Czernin in Breß-Litowisch bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Nationen Ausdruck zu verleihen.

Riga, 7. Januar. (Gig. Druckschrift) Nach der 15. Lin. Nr. integriert der Sonderberichterstatter der „Ritter Nachrichten“ beim österreichisch-ungarischen Kriegssprecherbüro, Oberst Egli: „Hier ist gegenwärtig die Fassung von den Friedensverhandlungen mit Russland in Übereinstimmung mit Deutschland sehr ruhig. Die Regierungen der Weltmächte haben die Verhandlungen zu fördern durch Überbreitung falscher Nachrichten über die Friedensbedingungen und Auflösung Verhältnisse. Der Waffenstillstand ist nur eine Folge der russischen Niederlage, wie auch der innere Umstieg durchaus entstanden ist; deshalb hängt das Verhältnis zu den Mittelmächten nicht von der innerrussischen Entwicklung ab. Die Verhandlungen wurden durch gegenseitiges Verständnis zwischen den Ländern wesentlich gefördert. Auf russischer Seite wurde wachsende Hoffnung gegen England festgestellt.“

### Die Friedensbedingungen der Ukraine

Basel, 8. Januar. (Eigener Druckschrift) In der Note der ukrainischen Regierung werden folgende Bedingungen aufgestellt: Die Ukraine verlangt, daß ein allgemeiner Friede zwischen den Kriegshenden geschlossen wird, daß allen Völkern völlige Autonomie zugestanden und ihnen eine selbständige Existenz gesichert wird. Keine Kriegsschädigung oder Schadensersatz darf verlangt werden. Alle Weltmächte müssen die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik anerkennen, die ihre eigene Regierung, eigene Armeen und eigene diplomatische Vertretung haben soll. Die maximalistische Gewalt findet in der Ukraine keine Anerkennung. Sie gilt nur für das moskowitische Russland. Der Friede muß durch die Vertreter aller unabhängigen Republiken, die zusammen die russische Okkupation bilden, unterzeichnet werden.

Gens., 8. Januar. (Druckschrift) Die Entente beschloß,

die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen. Die Rada wird von einer nach Alem zu entsendenden gemeinsamen Sonder-

botschaft von dieser Entscheidung seitlich verhindert werden. Das ukrainische Pressebüro meldet aus Kiew: Zwischen den Maximalisten und der Ukraine scheint ein Vergleich zustande gekommen zu sein. Die Ukraine wird als unabhängiger Staat unter Zustimmung der Regierung Lenins und der Vertreter aller Mittelmächte an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

Breß-Litowisch, 7. Januar. Großfürst Tzafat-Pascha ist heute abend in Breß-Litowisch eingetroffen, um die Täfel als erster Delegierter bei den Friedensverhandlungen zu vertreten.

### Die Ablehnung der Westmächte

Gens., 8. Januar. (Eigener Druckschrift) Westschweizer Botsäler werden aus Paris: Clemenceau berief am Sonnabend die Parteiführer zu sich, um ihnen wichtige Mitteilungen über den letzten Ministerrat und über die Beratungen des Alliierten hinsichtlich der russischen Einladung zu machen. Der Ministerpräsident begründete die ablehnende Stellungnahme seines Kabinetts damit, daß Frankreich ohne Elsaß-Lothringen keinen Frieden machen kann und ohne klarlegung der französischen Mindestforderung auch nicht Verhandlungen aufnehmen kann.

Gens., 8. Januar. (Eigener Druckschrift) Der „Münchner“ schreibt: An den Beratungen der alliierten Kommission über die russische Einladung nahm auch der amerikanische Botschafter teil. Er war in der Lage, den amerikanischen Aufmarschplan für 1918 den Alliierten bekanntzugeben.

\* Zürich, 8. Januar. (Eigener Druckschrift) Die internationalistischen Vorträge der italienischen Kammer eröffneten eine gemeinsame Erklärung, in der sie von der Regierung die Fortsetzung des Krieges bis zur Rückgabe der italienischen Gebiete und den Herausgabe der Italiener sprechenden Bevölkerung des Feindes fordern.

Zürich, 8. Januar. (Eigener Druckschrift) Die englische Regierung beantragte die Aufforderung der russischen Regierung, den Friedensverhandlungen in Breß-Litowisch zu beitreten. Sie protestiert gegen die Fassung, daß die Entente-Regierungen für den eventuellen Erfolg der Friedensverhandlungen mit den Zentralmächten verantwortlich seien. Die Verhandlungen hätten begonnen, ohne daß ein diesbezügliches Einverständnis zwischen den Alliierten erzielt worden sei. Die Regierung, an den Verhandlungen teilzunehmen, habe daher zu Recht bestanden.

Berlin, 8. Januar. (Druckschrift) Die englische Regierung hat die Aufforderung der russischen Regierung, den Friedensverhandlungen in Breß-Litowisch zu beitreten, ebenso übernommen.

Schweizer Grenze, 8. Januar. (Eigener Druckschrift) Der Schweizer Presselegraph meldet: Die Agentur Radio berichtet aus Petersburg, daß 14 in russischen Händen liegende österreichische Schiffe mit 4000 Tonnen Zölle freigegeben wurden. Ein Abkommen soll die Freilassung sämtlicher internierter Schiffe vorsehen.

\* König Friederich August empfing am Montag in Dresden den außerordentlichen persischen Gesandten Hassan Ali Khan Nawab in Antwerpen.

### Kassenhochstut und Kunst

Von Dr. H. Gabermann

Im vierten Kreisjahr ist es dem größten Teil der Bühnen möglich geblieben, für die Weiterführung ihres Betriebes ein zahlreiches Personal zu reklamieren, Licht und Klang zu sichern; und was das Publikum betrifft, ist es wohl mancher Theaterdirektor im Innern überrascht.

Das sind Anzeichen genug, die vielleicht auf eine Umwertung des Theaters vom leichten Zellvertret zu einem ernsten Kunstsgegenstand schließen lassen. Ein solcher Schlub wäre gerade in unserer heutigen Zeit des Suchens nach einer reizenden Selbstbekennung und einer inneren Lebensgewissheit doppelt nahelegend. Die Kunst — und in erster Reihe das Theater durch seine ganz unmittelbare Einbildung — hat es freilich von jeher als ihre Aufgabe betrachtet, dem einfältig Verführnden unseres Geistes nach möglichst vielen Richtungen hin Erziehung zu dienen. Die Bühne sucht dabei vor allem das wirkliche Leben selbst auf, um es so darzustellen, wie es ist, wie wir es aber in der Oberfläche des Alltags, in der Enge unseres eigenen Fühlens und Wollens und in der Zeitverkürzung unseres Berufes gar nicht wahrgenommen, gar nicht voll durchdrungen oder nur durchdringen können. Das Theater will nicht nur unserem äußerlich wie innerlich wackelhaften Geiste schließlich Erholung bieten; es will im besonderen das für uns äußergewöhnliche, das von Sitten oder Recht Unterschiedene. Dem gerade darauf gelegte das Kunstsgegenstand des Erwachsenen, ab, gerade so wie das Kind seinem Maltrieb mit Vorliebe dadurch Genüge schafft, daß es ihm im Augenblick nicht erreichbare Dinge hinzelnkt. Dieses Erziehungsbereitschaft erkläre die Erreichung eines so elementar nach Freiheit und Umsturz drängenden Protestes wie Schillers „Ruber“, es erklärt doch allgemeine Verlangen, wenigstens in der Scheinkulte des Theaters die Übermacht des Staates und die Unverträglichkeit seiner Uniformierung — trotz aller besseren Erkenntnis ihrer Notwendigkeit für das gewöhnliche Leben — umgestülzt und durchbrochen zu haben.

Wir wollen auf der Bühne Moral und Tadel schlagen, zu denen der alltägliche Daseinskampf und der ganze durchdrückende Druck unserer Kriegssituation den Gratifik weht. Von diesen Wünschen ist der zuletzt genannte nicht ganz unabdingbar. Denn: das Theater bedarfte einen inneren Ausgleich auch in den Zeiten Kriegsschlachten, daß es nur sitzen können nach einer Leid-

windung unseres Schneidersins durch Leid und bissige Sorge, daß es der allmenschlichen Weise von aufreibendem Kleinkram, armeligen Zugeschnitten und bangen Zukunftswünschen gerecht wird. Aber dieses Gewisssein einer mißheiligen Erziehung macht niemals das Wesen der Schauspielkunst aus; es stellt vielmehr nur eine rein biologische Tendenz dar — und auch diese nur teilweise. Gewiß: der Hunger nach einer neuen verbaulichen Art in Form von Kunstdarbietungen ist um so verständlicher und allgemeiner, je schwerer und niederdankender sich die Verhältnisse für das reale Leben gestalten. Das Theater will mit der Erweiterung unseres Gesamtwesens auch fröhliche Gefühle in weitestem Umfang erwecken und lebendig erhalten. Aber daneben muß es doch, wie jede wahre Kunst, noch ganz andere Dinge anstreben, wenn es die Ausbildung und Lebendigkeit weiter höherer Menschenwerte und vor allem die des selbständigen Lustgefühls bei der Kunstbefahrung als socher nicht vernachlässigen will. Das Begehrtes des Publikums, auf den Theatern nur einem vorwiegend leichten und die Wirklichkeit verschönenden Inhalt zu begegnen, verzerrt in einem durchaus nach unkünstlerischen Böden: anmaßende Eigeninteressen und rohe Schaufat geben den Dingen, und so wächst der Raum einer recht hämmerlichen Erkenntnis heran, einer Erkenntnis, die nichts mehr von der reinen Lust an einer aktiven Umdeutung des im Theater sinnlich Wahrnehmbaren in Phantasmvorstellungen blöden Charakters, und die das gelöste Testament, das die Bühne von der alten Welt trennen soll, überfließt und dadurch das vom Schauspieler verdeckerte Geschlehen in kleine, kleinliche Beziehung setzt zu dem eigenen Ich des Zuschauers. Gerade die größere Vollständigkeit der Lebenserfahrung und Lebensdarbietung adelt Menschenwelt zur Kunst; und gerade in der milderen, innerlichkeiten Erkenntnisform der Illusion ruht ihr Selbstverständiger, von der Verantwortlichkeit des Inhalts unabdingbar Lustgefühl, der auch eine Darstellung des Höflichen, Würdigen und Grauen Erregenden zuläßt, ja sogar als notwendig in ihr Gesamtkunst mitnehmen darf.

Wie falsch jedoch dieser Soß selbst von bernerseiner Seite ausgeschaut werden kann, zeigen die Gott sei Dank im Absterben begriffenen Regierungen, die Unmerkmakheit des Publikums von dem „freien Schauspiel“, das bei einer bewußten Trennung der beiden Vorstellungsräume Kunst und Natur eintretet, abwenden und durch eine raffinierte Wirklichkeitsvorstellung einem vollstarken Miterleben und Miterleben des Inhaltlichen allein zu unterwerfen. Auch diese ganz auf Menschenwelt abgerichteten Darbietungen haben ihre Unabhängigkeit gefunden und bedeuten viel zu der betriebsamen Verkürzung über Weise und Zweck der Kunst beigetragen. Heitere Gestaltung und spannende Intrigation — das sind heute die besten Waffen für einen starken Theatervorstand. Gelöcher Glanz steht hier das Echte und Wahre in den Schafen. Ja, man weicht nie geradezu gegen eine gewissenhafte Trennung von Höhe und Tiefe, von Kunst und Kunstaufführung, wie man sich gegen eine körnige, feste Natur richtet, wenn man seinen Gatten bereits durch eine Kurzschluß aus Leidenschaft verhindert hat. Und so beginnt eine wilde Jagd nach neuen Reizen, die kein Ausarten, kein Interesse an der

### Der Volksbund für Freiheit und Vaterland

Berlin, 8. Januar. (Druckschrift) Der Volksbund für Freiheit und Vaterland hielt gestern im Ehrensaal des Abgeordnetenhauses seine erste Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Professor Franck eröffnete die Sitzung; er sagte: In letzteren Stunden und vor Reichsgründungsergebung erhebt der Volksbund seine Stimme. Er ist keine Partei, ist völlig unabhängig und von der Ueberzeugung getragen, daß nur das Zusammensetzen von Regierung und Reichstag einen glücklichen Ausgang des Krieges, einen dauernden, ehrlichen Frieden und den Wiederaufbau Deutschlands verbürgt. Gehörnter Professor Troelß führte aus, der Volksbund sei ein Zusammenschluß an sich neutraler und wirtschaftlicher Organisationen. Der Volksbund möge wirken für Freiheit und Vaterland, eines durch das andere und keines gegen das andere, darum trete er für die Rezession des preußischen Wahlrechts ein, damit dadurch auf verantwortliche Weise der tatsächlich bereits bestehende Zustand zum Ausdruck kommt. Durch den Reichstag müsse auf die drängenden Entscheidungen eingewirkt werden. In einem Vertragskrieg könne sehr wohl von einer Regulierung unserer gewiß sehr strengen Grenzen die Rede sein. Aber vor allem sei eine Verständigung nötig, um unserer Weltwirtschaft die Möglichkeit neuer Entwicklung zu geben, unter Preisgabe der Theorien, daß die Politik sich auf Macht und Gewalt ausbaue. Reichstagsabgeordnete Legion behandelte ausschließlich die Fragen des preußischen Wahlrechts. Die Redner fanden lebhafte

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Der Volksbund für Freiheit und Vaterland, der im wirtschaftlichen Verbund von Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie Einzelmitgliedern aus Stadt und Land nahezu vier Millionen deutscher Männer und Frauen vereinigt, bekommt sich in seiner ersten Mitgliederversammlung am 7. Januar 1918 im Abgeordnetenhaus in Berlin zu nachstehenden Grundsätzen und Forderungen:

1. Solange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk wie an den Fronten so auch in der Heimat in treue Einigkeit und Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Wohlstand zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in sicherster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu verteilen.

2. Um die Einigkeit unserer Völker und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Gerechtigkeit wunderbares Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den freiheitlichen Ausbau in Reich und Staat fortzuführen und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihrer Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu föhren. Insbesondere fordert der Volksbund die schnelle Durchführung des gleichen, direkten, geheimen, allgemeinen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus und eine volkssouveräne Reform des Herrenhauses in Preußen. Jede Verschiebung würde eine schwere Gefahr für die innere Einheit herabsetzen. Nicht minder muß nach Ablauf des Krieges im Reich die Koalitionsrepublik gewählt, das Wahlrecht gesichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in den Arbeitskammern geistig geordnet und dementsprechend die Vertretung der Beamten in geeigneten Körperschaften herbeigeführt werden.

3. Eine freieheitliche Entwicklung im Innern bietet logisch eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Vertragskrieg ebenso entschieden wie einen Gewaltkrieg ab, der der Verständigung der Feinde auf gewaltlose Gebietsveränderungen und gewaltlose Kriegserklärungen und Kriegsentwicklungen absteht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrecht wahr. Jeder Friede, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und den Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechtes und der Stillekeit gewährleisten. In diesen Forderungen weiß sich der Volksbund für Freiheit eins mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes.

Der Herrenhaussitz Stegerwald führt aus, der Volksbund lehne ein Erstellen der deutschen Vormachtstellung auf dem Boden von Macht und Gewalt ab, ebenso über auch die englische Vormachtstellung im Kampfe, gegen die Deutschland sein Recht hergeben werde. Nach dem Krieg möge eine allgemeine Vertragspolitik herrschen. Deutschland möge gleichberechtigt unter den anderen Staaten stehen. Einen Vertragskrieg wolle der Volksbund nicht. Deutschland möge freie Entwicklung gesichert haben, aber der Friede dürfe nicht den Reich zu neuen Kriegen in sich tragen. Die folge möge Deutschland kämpfen bis zur letzten Kraft.

\* Ein schriftlicher Antrag für Überzeugungswirtschaft soll im Ministerium des Innern begründet werden. Er umfaßt etwa 150 Mitglieder, die sämtlichen Berufsgruppen entnommen sind. Er soll seine Anlage darin sehen, in erster Anzahlung an das Reichsministerium für Industrie Sachsen mit besonderem Nachdruck übertragen werden.

\* Der Reichskanzler hat endlich das Geburtstagsfest des Königs von Bayern den bayerischen Gefundenen Grafen Luitpold einen Besuch abgestattet.

Die bürgerlichen oder dargestellten Ausführungen als solcher kennt. Das folgende Vermögen der verschiedenen Kunstarten — in erster Linie eben der beiden erwähnten: Poesie und Schauspielkunst — läßt keine eigentliche Würde ankommen; es bleibt in weitem Umfang die geringfügigste Einsicht bestehen, daß das Theater für das Publikum und seine Unterhaltungsbedürfnisse da ist und sich darüber hinaus gar nicht eines großen Ansehens wert geübt.

Spekulativer Abhandlungen über die dramatische Literatur der Gegenwart und Zukunft populär gebaute Schriften über Schauspielkunst und Schauspielermechanismus, Vereine und Gesellschaften mit geschicklich betriebener Propaganda, Vorträge zur Leistung, Vorgesetzte und Zuschauerschaften und Premieren — all das hat nur einen bedingten Wert, solange das Publikum mit seinem Wunsch nach Entspannung nichts anderes als eine große Poesie, Romantik, Tragödie und die Abschüttung auf den guten Ton und seine persönliche Einfachheit zu verbinden meint. Solange es aber eine eigentliche Teilnahme nicht einmal durch die zweimalige Betrachtung eines und desselben Stückes bekommen kann, werden weder Dichter noch Schauspieler zu ruhigem reifen Schaffen Zeit und Sammlung finden und wohl



## Leipzig und Umgebung

\* Der Wegfall der Umsteigefahrtkarten verschoben! Wie wir zuverlässig vernommen, ist auf Grund der zwischen dem Rate und der Straßenbahndirektion geführten Verhandlungen der für Donnerstag in Aussicht genommene Wegfall der Umsteigefahrtkarten vorläufig verschoben worden, wird also nicht in Kraft treten. Diese Nachricht wird in unserer Einwohnerschaft gewiß allseitige Beifriedigung hervorrufen. — Im Grundsatz hieran sei noch eine weitere erfreuliche Botschaft mitgeteilt. Da sich gezeigt hat, daß diejenigen Schlußzeiten für den späten Abendverkehr doch zu knapp bemessen sind, so läßt die Direktion auf ihren Linien noch einige Wagen nach 10 Uhr 10 Minuten verkehren, so daß die letzten Wagen erst gegen 11 Uhr aus dem Stadtinneren wegfahren.

\* Das sächsische Altegsverdienstkreuz wurde dem Pfarrer Mähnhausen hierfür verliehen.

\* Reiner Schnee. Im heutigen Morgen gab es eine große Überfahrtung. Wührend Tonwetter und Regen in so leichten Tagen den Schnee so leicht zum Schwinden gebracht hatten, leuchteten heute fröhliche Sonnen und blöde Wetter in so nem Gewände. Besonders die Bäume bilden mit dem auf ihrem Astern liegenden Schnee ein prächtiges Bild. Aber leider waren auch manche Nachteile damit verbunden. So ruhte der Straßenbahnbetrieb in den allerletzten Morgenstunden fast vollständig und mancher mußte den Weg zur Arbeitsstätte zu Fuß zurücklegen. Das kam nach den gestrigen Abend den meisten unerwartet. Auch im Laufe des heutigen Vormittags das Schneetreiben, wenn auch in geringem Maße, angehalten. Letzrig waren unsere Feldgruppen wieder richtig an der Arbeit, um den Schnee von den Fahrbahnen zu beseitigen.

\* Gegen die Hebung der Polizeistunde haben sich die sächsischen Landesbeamten in einem ausführlichen dem Ministerium des Innern eingetragenen Gutachten ausgeprochen. In der Begegnung wird gesagt, daß erstmals Kohlen dadurch keinesfalls gespart würden, zweitens, daß der sächsische Ostwirtschaftsland noch mehr geschädigt werden würde, als es jetzt schon der Fall ist, und drittens, daß auch stille Bedenken gegen die Herabsetzung sprechen, weil dadurch längere Zeite in anderen Betriebe abwandern oder zu Aussiedlungen in Privathäusern veranlaßt werden könnten.

\* Abendmahl in der Gethsemane-Kirche zu L.-Löbnig. Mit einer feierlichen Feierlichkeit klamm am Dreikönigstag die Weihnachtzeit aus. Sangestudie und gutgeschmückte Kinderstimmen ließen in Liedern nochmals den Zauber der Advents- und Weihnachtszeit erklingen. Für den verdienten Kantor Leichmann leistete Organius Beck die Chöre und erzielte mit ihnen andächtige Wirkung. Gleichen Erfolg hatten Karl Zeitig und Karl Frosch mit ihren Liederabordnungen. Unvergessen wurde das Ganze von drei Orgelvirtuosen aus Rüdersdorfer Werk „Die heiligen drei Könige“, in denen Organist Beck erläuternde Auslegungen vertrat hatte.

\* Die militärische Pfeifmusik wird am Mittwoch, den 9. Januar, von 12—1 Uhr mittags am dem Augustusplatz vor dem Mendelbaum durch die Kapelle des Erz-Infanterie-Bataillons des Inf.-Regts 107 ausgeführt.

P. Einbruch in ein Goldraubengeschäft. In der Bayerischen Straße ist während der Nacht zum Sonntag in einem Gold- und Silberwarengeschäft ein Einbruch verübt und aus den untergeschossenen Verhüllungen eine große Menge Brillantierenwaren, als Halsketten, Lößel, Serviettentücher, Armbänder, goldene und silberne Ringe, Uhren usw., auch ein Paar mit kleinen Diamanten gestohlen. Der Gesamtwert beträgt über 1700 M.

P. Wieder 2 Schweine abgeschlachtet und geflossen wurden am Sonnabend früh gegen 8 Uhr einem Fleischhändler in L.-Lindenau. Sie wogen zusammen etwa 120 Pfund und hatten einen Wert von 240 M. Ein drittes Schwein, im Gewicht von 180 Pfund, haben die Viehe ebenfalls ver sucht abzutrennen. Es wurde auf dem Lüderberg, auf dem der Stall steht, mit zwei neuen Stichen im Genick unter einem Hauseaum noch lebend vorgefundsen.

\* Markranstädt, 8. Januar. Bei den hierigen Stadtvorwahlen machten von 348 wahlberechtigten Bürgern der 3. Wahlbezirksamt 62 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Gewählt wurden Mauer Riedel, Mauer Müller und Mauer Schröder als Antritts- und Kürschner Raabe als Unanträger.

## Lebensmittelkalender für Mittwoch, 9. Januar

## Für Haushaltungen.

Anmeldung. Kartoffeln: abzugeben Kartoffelmarken N 1/N 1 und N 2/N 2 (14 Pf. für 15.—28. Januar). Eier: Letzter Tag — abzugeben geplante und weibliche Germarken F 3. Hafermehl für Kinder bis zum 3. Monat; letzter Tag — abzugeben Marken H 1 der Lebensmittelkarte S 1 (1 Pf. in Paketen); Haferflocken und weisses Mehl für Kinder über 3 Monate bis zu 2 Jahren; letzter Tag — abzugeben Marken N 1 (1 Pf. Haferflocken in Paketen) und M 1 (1 Pf. Mehl) der Lebensmittelkarte S 2/3. Käse und Butter: letzter Tag — abzugeben Marken 11 der neuen Landessperrkarte für Margarine, Quark und Käse. Margarine: letzter Tag — abzugeben Landessmittelkarte Y mit dem Aufdruck „90 g Butter oder 100 g Speisefett, Stadt Leipzig, Mon. Januar 1918“ und rcsd. Jafah-Margarinemarken G 1—2. Kartoffelverteilung: Nr. 1801—2000 der Haushaltkarte. Insatzkarten für Kranken: Nr. 1601—1800 der Haushaltkarte. Rückgabe von Markenreihen der Lebensmittelkarte Reihe A durch Selbstversorger mit Geste kün. Käse, Fett oder Fleisch: Nr. 501—750 der Haushaltkarte, Stadthaus, Zimmer 632.

## Für Händler.

Marmelade: Warenausgabe, Rothenstraße 11/13, normittags 15—12 Uhr O. C. J., nachmittags 15—15 Uhr U. V. Dörgermuse: Markenablieferung durch die Fleischhändler einer Obmannschaft an Ihren Obmann.

## Sächsische Nachrichten

Dresden, 7. Januar.

\* Die bulgarische Neujahrsfeier zum Besten des bulgarischen Rates Kreuzen wurde am Sonntag im neuen Konzerthause hierfür eröffnet. Anwesend waren der kgl. Hof, die staatlichen und städtischen Behörden und zahlreiche Ehrengäste. Nach der Eröffnungssprache des Juristen Dr. Bondi wurde ein Rundgang durch die Ausstellung angeboten, bei dem der König sich besonders für die ausgestellte Modeschau interessierte.

\* Ein Soldatenkrematorium. Am Sonnabend früh wurde beim Verlassen ihrer Wohnung einer 57jährigen Frau Salzfäule ins Gesicht geschüttet. Als Täterin wurde eine Nachbarsfrau festgestellt. Sie will angeblich aus Eifersucht die Tat begangen haben. Die Verzweiflung, daß der Ueberfallen das Augenlicht erhalten bleibt, wird.

\* Elsterberg, 7. Januar. In der Gegend von Trennrich kam es in der Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen dem Gendarmerie-Wachtmester Strobel von hier und dem Maurer Brand. Als der Gendarm den Brand über den nördlichen Zweck seines Weges zur Redestelle, schwang dieser auf den Beamten, ohne zu trennen, flog dann und verwundete den Gendarmer durch einen zweiten Schlag. In Handzweigemachte Strobel dann von seinem Kolleger Gebräud und traf Brand, der vermutlich wilden wollte, so schwer, daß der Verletzte einige Zeit darauf im Lazarett starb. Brand war verheiratet und vom Militär wegen eines Fußleidens entlassen.

\* Bautzen, 8. Januar. Die Verwendung weiblicher Hilfskräfte im öffentlichen Dienst nimmt infolge der durch die vielen Einschreibungen beworbenen Beamten hier ständig zu. Rund hundert Hilfskräfte sind jetzt in öffentlichen Diensten beschäftigt. Auf manchem Gebiete hat man jedoch auf sie verzichtet. Die Stadtverordneten hatten nämlich die beantragte Zuwachs von Frauen in den Kriegs-Lebensmittelhaushalten abgelehnt mit der Begründung, daß durch die Zuwachs eine Verbesserung in der Lebensmittelverteilung nicht zu erwarten sei.

## Handels-Zeitung

Zur Revision  
der neuen Börsen-Verkehrsordnung

Immer wieder treten an der Berliner Börse neue Beispiele für die Unstimmigkeiten auf, zu denen der Einheitskurs heute führt, nachdem sich in den Kriegsjahren die Verhältnisse am Effektenmarkt so gründlich geändert haben. Die Lebhaftigkeit, mit der sich die Fachwelt selbst an den Debatten beteiligt, zeigt, daß die Neuordnung der Dinge tiefer in das Geschäft eingreift, und aus der Geschlossenheit, mit der der Einheitskurs von den Fachleuten verurteilt wird, darf geschlossen werden, daß eine Revision der neuen Börsenordnung erfolgen wird. Heute schreibt uns aus der Praxis der täglichen Börsenlebens heraus ein Bankier:

Wie bekannt, sind die Einnahmen des Reiches am Umsatzstempel für Wertpapiere (Schlußnotenstein) im Kriege zuletzt auf die Höhe gestiegen, die sie monatlich in Friedenszeiten erreicht hatten. Nun waren in Friedenszeiten die Umsätze durch die Umlaufabschüsse, die einen Mindestbetrag von nom. 15.000 M. oder ein Vielfaches davon umfassen, sowie durch die Prämien geschafft, die in der Regel 30.000 M. oder ein Vielfaches davon ausmachen, viel konzentrierter, was den Schlüsselnotenstein anbelangt, der jetzt, also bei Umsätzen in kleinen Posten, den gleichen Ertrag bringt, wie unter den vorgenannten Umständen im Frieden. Es folgt daraus, daß der Besitzwechsel in Wertpapieren sich zuerst viel rascher und in der Anzahl der an den Markt kommenden Aufträge in ganz wesentlich größerem Umfang e vollzieht als früher. Wegen dieser beträchtlichen Verlängerung der einzelnen Umsätze können die vereideten Makler an der Berliner Fondsbörse gar nicht in der Lage sein, die einzulauenden bzw. vorliegenden Aufträge vor der Feststellung eines Kurses, der das wirkliche Ergebnis von Nachfrage und Angebot darstellt, zu sichten und bei der Kursermittlung zu verarbeiten. Beispielsweise war ein älterer, versierter, vereideter Makler, der schon in Friedenszeiten viele Jahre mit Erfolg seines Amtes gewalttätig war, in der ersten Hälfte des Monats Dezember 1917, um überhaupt einen Kurs feststellen zu können, gezwungen, nur die an jedem einzelnen Tage vorliegenden Aufträge zur Kursermittlung heranzuziehen, während er seine Loyalität in der kurzen, könnte, denn dieser Makler hatte in seinen Büchern bei nur zwölf Liegen, die er bei dem Mangel an geeigneten Hilskräften außer Betrieb lassen mußte, was zu Fehlern und Verlusten für ihn Anlaß gab. Ein anderer, auch sonst sehr geschickter Makler hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember 1917 an Verlusten, die aus ähnlichen Gründen entstanden waren, eine dreimal bis vierfache Summe dessen zu beklagen, was ihm seine Maklergebihr im ganzen Monat einbringen.

Wenn man die Sache weiterverfolgt, könnte man bei allen anderen Maklergruppen zweitens ähnliche Erscheinungen bemerkten, die sich würden und an seiner Stelle nur schwankende Kurse notierten. Dadurch würde beiden Berufständen an der Börse — den Bankiers wie den Maklern —, die mit der Neuordnung an der Börse nicht zufrieden sind, geholfen werden können, denn die sog. freien Makler würden sich bei den schwankenden Kursen wieder mehr an Geschäfte beteiligen und auch Aufträge der Bankiers entgegennehmen können, ohne dadurch den vereideten Maklern, die natürlich die Bestimmung der schwankenden Kurse in der Hand haben, ins Gehege zu kommen. Die Praxis würde sehr schnell ein enges Zusammensetzen zwischen freien und vereideten Maklern schaffen; die vereideten Makler wären entlastet, und die freien Makler würden mit Interesse und Erfolg am Umsatz teilnehmen. Die Bankiers hinsichtlich den Aufträgen ihrer Kundenschaft noch mehr Sorgfalt zuwenden können, indem sie je nach Tüchtigkeit oder Glück bei der Ausführung ihrer Kundenaufträge abwarten, ob günstigere Kurse zu erzielen sind. An die Kommissionpflichten sind die Bankiers durch Gesetz ohnehin gebunden, und was bei 40 oder 50 sogenannten variablen Kursen jetzt geht, würde auch in Zukunft gehen, wenn alle Kurse „variabel“ sind.

Letzten Endes würde auch der Kapitalist befriedigt sein; denn das Rätselspiel: „Wie wird der Kurs heute?“, das häufig unangenehme Überraschungen führt, würde aufhören, da fast zu jeder Minute des Börsenzelt ein Marktkauf zu ermitteln ist. Daß mit einer Revision der Börsenordnung in der Art, wie es hier entwickelt wurde, ist nicht anzunehmen. Die Bank- und Kapitalwelt kennt die höchste Forderung des Tages auf dem Gebiete der Finanzen und wird sie auch weiter beobachten.

## Verschiedenes

\* Vom Ruhrkohlenmarkt. Wie unser rheinischer Pf-Mitarbeiter drastisch berichtet, schreibt die „Köln. Ztg.“, der Monat Dezember habe des wegen der Kohlebeschaffung gelegten schlechten Erwartungen in einem Umfang entsprochen, daß man glauben möchte, die Höhe der Widerwärtigkeiten müsse nun erreicht sein. „Leider bestätigt“, so führt das rheinische Blatt fort, „diese Aussicht nicht. Zunächst fordert die preußische Bahnverwaltung außerordentlich große Mengen an. Der Dezemberbedarf dürfte Höchstziffer erreicht haben. Die Anforderer von Briketts usw. von Ruhrzechen werden kaum einen einzigen Wagen erhalten; die preußische Staatsbahn nimmt sie in Beschlag. Einspruch erhoben werden muß aber dagegen, daß diese Maßregel ohne einen Blick nach links und rechts durchgeführt wird, indem jetzt im tiefsten Winter der Haushaltbedarf vollständig auf die Seite gestellt wird. Den Anweisungen, die der Reichskommissar für Kohle als vorrangig und unbedingt in vollem Umfang lieferbar auferlegt, dürfen nur drei Viertel der verfügbaren Mengen gegenüberstehen. Der weitere Bedarf, der private, wie der vieler wichtiger Fabriken, die die Kriegswirtschaft unter keinen Umständen missen kann, steht seit Wochen ohne jeden reichskommissarischen Schutz. Und es ist unseres Erachtens heute nur eine Frage kurzer Zeit, daß das jetzige Verfahren ad absurdum geführt wird.“

Die schlechten Verkehrsverhältnisse am Ruhrkohlenmarkt kommen am besten in den Lagerbeständen der Zechen zum Ausdruck. Von den 3,5 Mill. Tonnen Kohle und Koks, die in Deutschland lagern, liegen allein 2,5 Mill. Tonnen auf den Ruhrzechen fest. Um beim Stahlwerksverband wird, einer eigenen Drahtmeldung zufolge, am 24. d. M. eine Mitgliederversammlung in Düsseldorf abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht neben geschäftlichen Angelegenheiten nur der Bericht über die Marktlage.

\* Vom geplanten Groblechverband. Wie uns unser ap-Mitarbeiter drastisch berichtet, findet am 10. Januar eine Ausschusssitzung statt, in der die Forderungen der Groblechwerke bei dem beabsichtigten Zusammenschluß durchberaten werden sollen. Von dem Ausfall dieser Sitzung wird es abhängen, ob und wann alsdann eine Volksversammlung abgehalten werden soll, um die Einigungsbesprechungen fortzusetzen. Der neue Vertragsentwurf ist bereits fertiggestellt.

\* Elsterberg, 7. Januar. In der Gegend von Trennrich kam es in der Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen dem Gendarmerie-Wachtmester Strobel von hier und dem Maurer Brand. Als der Gendarm den Brand über den nördlichen Zweck seines Weges zur Redestelle, schwang dieser auf den Beamten, ohne zu trennen, flog dann und verwundete den Gendarmer durch einen zweiten Schlag. In Handzweigemachte Strobel dann von seinem Kolleger Gebräud und traf Brand, der vermutlich wilden wollte, so schwer, daß der Verletzte einige Zeit darauf im Lazarett starb. Brand war verheiratet und vom Militär wegen eines Fußleidens entlassen.

\* Bautzen, 8. Januar. Die Verwendung weiblicher Hilfs-

kräfte im öffentlichen Dienst nimmt infolge der durch die vielen Einschreibungen beworbenen Beamten hier ständig zu. Rund hundert Hilfskräfte sind jetzt in öffentlichen Diensten beschäftigt. Auf manchem Gebiete hat man jedoch auf sie verzichtet. Die Stadtverordneten hatten nämlich die beantragte Zuwachs von Frauen in den Kriegs-Lebensmittelhaushalten abgelehnt mit der Begründung, daß durch die Zuwachs eine Verbesserung in der Lebensmittelverteilung nicht zu erwarten sei.

\* Elsterberg, 7. Januar. In der Gegend von Trennrich kam es in

## Berliner Börse

(Eigener Druckschrift)

Berlin, 8. Januar, 1 Uhr 10 Min.

Die heutige Börse hatte außergewöhnlich stilles Geschäft. Das Fehlen älterer Anregungen legte der Spekulation Zurückhaltung auf. Die Hauptumsätze vollzogen sich am Rentenmarkt, wo österreichische und ungarische Bonds bei lebhaftem Geschäft ziemlich fest lagen. Heimische Anleihen blieben gut behauptet. Russische Eisenbahnprioritäten schwächten sich eher etwas ab.

Unter den Dividendenpapieren waren am Markt der Montanwerte Oberbedarf eher etwas leichter; auch Rheinstahl und Rombacher konnten sich leicht erhöhen, während die übrigen Werte dieser Kategorie, wie Bochumer und Phoenix, gut behauptet blieben.

Unter den Elektrizitätspapieren waren A. E. G. und Siemens unverändert; Bergmann stellten sich höher. Von Rüstungsaktien waren Hirsch Kupfer, Daimler und Rheinmetall niedriger, letztere zogen aber auf Deckungskräfte lebhaft an. Von den Wien abhängigen Papieren waren Türkische Tabak fest, während Orientbahnen umsätzige blieben. Kaliwerke wurden gesucht, besonders Deutsche Kali, die sich höher stellen. An unnotierten Papieren schwächten sich Schenckendorff, Benz und Halbach ab, während Siegen-Solingen etwas angingen.

Unter den Eisenbahnaktien sind Große Berliner Straßenbahnen als schwächer zu nennen. Von Bankaktien wurden russische Aktien gesucht.

Der Goldmarkt war wiederum sehr leicht; tägliches Geld stellte sich wiederum auf 4% Proz.; der Privatkredit betrug ungefähr 4½% Proz.

Berlin, 1,30 Uhr.

Der Kassamarkt war sehr fest. Höher stellten sich u. a. Chemische Heyden, Chemnitzer Zimmerman, Sachsenwerk, Ottenser Eisenwerk, Föhrer Maschinen, Eckert Maschinen, Kappel Maschinen, Horch Motoren, Tüftelfabrik Flöha, Vogtländische Tülf, Dresden-Gärtner, Busch Waggon, Chemische Hödingen. Behauptet blieben Döhring Guss sowie Schubert & Salzer. Niedriger waren Adler Fahrrad auf die verweigerte Kapitalerhöhung, Zschau-Kriebitsch und Aluminium-Industrie waren gestrichen.

\* Neue Papiere in Berlin. Beantragt wurde die Zulassung für 12,5 Mill. Mark Aktien der „Siemens“ Elektrische Betriebe, Akt.-Ges.

\* An der Leipziger Börse nahm das Geschäft bei ungünstiger Haltung wieder einen ruhigen Verlauf. Auf dem Gebiete der Industriepapiere verharrten Mansfelder Kuxe auf altem Stand. Unter den Maschinenaktien zeichneten sich durch Höherbewertung Chemnitzer und Hallese Zimmermann sowie Pöge und Germania aus. Rückläufig bewegten sich Hartmann und Sondermann & Stier. Wärker & Anschütz hatten alten Kurs. Pöge waren nicht preishaltend. Sachsenwerk und Hugo Schneider sowie Dux Automobil besserten sich auf. Einbuße erlitten Sachsenische Bronze, Reinstrom & Pilz, Piano Zimmermann, Ludwig Hüpf und Polyphon.

Von Textilpapieren sind als fest und höher zu nennen Kammgarn Wernshausen, Thüringer Wollgarn, Tittel & Krüger. Unverändert blieben Leipziger Wollkämmerei, Weißthaler Aktiengesellschaft und Tränker & Würker. Abschwächungen erfuhren Textillose, Chemnitzer Aktiengesellschaft, Bachmann & Ladwig, Sächsische Kammgarn Hartmann.

In Zuckerwerken besserten sich Rositzer auf, dagegen fielen Glanziger Zucker zurück. Ebenfalls nicht preishaltend waren Sachsen. Von sonstigen Industriepapiere müssen sich Wezel & Naumann und Weber Einbußen gefallen lassen.

Am Markt der Transportpapiere konnten sich Große Leipziger Straßenbahnen nicht behaupten. Von Bankaktien fiel Bank für Grundstück zurück, während Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt und Mitteldeutsche Privatbank unverändert blieben. Leipziger Immobilien-Gesellschaft erzielten besseren Preis.

Am Ausgemarkte hatte Sachsenische Rente allen Kurs. Höher gehandelt wurden 3 Proz. preußische Konsols und 4 Proz. Reichsscheine. In Städteanleihen zeigte sich größere Nachfrage nach 4 Proz. Leipziger, die auch lebhaft umgingen; 3½ Proz. Leipziger hatten ebenfalls Geschäft. Vergleichbar gesucht wurden Plauener und Zwicker. Von Pfandbriefen kamen 4 Proz. Landwirte und Leipziger Hypothekenbank in Verkehr, wogegen auch 3½ Proz. Erblanders vergleichbare Nachfrage bestand. Auf Eisenbahnprioritäten handete man höher 4 Proz. Nordböhm. und eingehend beobachtet wurde Elisabeth-West.

ch Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau. Wie die Verwaltung mithilf, waren sämtliche Betriebe trotz der großen Schwierigkeiten, die durch den Krieg bedingt sind, in vollem Umfang in abgelaufenen Betriebsjahren beschäftigt. Das Ergebnis werde, soweit sich das überhaupt in Kriegszeiten voraussehen lasse, nicht hinter dem des Vorjahres (10 Proz. Dividende) zurückbleiben.

\* Das Bezugsrecht auf junge Aktien der Akt.-Ges. für Anilin-Fabrikation zu Berlin-T